Gemeinde Steinburg Das Protokoll dieser Sitzung Sitzung der Gemeindevertretung umfasst die Seiten 1 bis 16 vom 23.06.2016 In der Bahnhofsgasstätte Bern, Poststraße 1A, Mollhagen Beginn: 19:00 Uhr Ende: 22:45 Uhr Mielczarek Unterbrechung von 20:25 Uhr bis 20:35 Uhr (Protokollführer) von 21:45 Uhr bis 21:55 Uhr Gesetzl. Mitgliederzahl: 17 Anwesend: a) stimmberechtigt: b) nicht stimmberechtigt: 1. Bgm'in Hack 1. Herr Mielczarek 2. GV Brockmüller LVB Amt Bad Oldesloe-Land. 3. GV Witt zugleich Protokollführer 4. Gv'in Dr. Witt 5. GV Riesel 6. GV Hack 7. GV Wolfgang Busche 8. GV Heiko Busche 9. GV Bern 10. GV Gerber

Es fehlen:

./.

14. GV Jendrek

11. GV'in Schwarz

13. GV'in Martens

12. GV Weber

15. GV'in Lemke

16. GV Laufer

17. GV Prüß

.....

Die Mitglieder der Gemeindevertretung wurden durch Einladung vom 15.06.2016 zur Sitzung am Donnerstag, den 23.06.2016 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben. Die Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden.

Die Gemeindevertretung ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder – 17 - beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Sitzung werden folgende Anträge zur Tagesordnung gestellt:

a) Die Vorsitzende beantragt, den TOP 23) "SVE-Vertragsangelegenheiten" als neuen TOP
9) zu verhandeln. Die weiteren Punkte verschieben sich entsprechend.

Es ergeht folgender Beschluss: Der TOP 23) wird auf TOP 9) verschoben.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

b) Weiterhin beantragt die Vorsitzende den TOP 26) "Neuausrichtung Windenergieplanung" als neuen TOP) 24 öffentlich zu verhandeln. Die weiteren Punkte verschieben sich entsprechend.

Es ergeht folgender Beschluss: Der TOP 26) wird auf TOP 24) verschoben.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

c) Anschließend beantragt die Vorsitzende die TOP 25) bis 26) nicht-öffentlich zu beraten.

Ohne Aussprache ergeht folgender Beschluss: Die TOP 25) bis 26) werden nicht öffentlich beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

d) GV Heiko Busche beantragt den TOP 7) nicht-öffentlich zu beraten und entsprechend in der Tagesordnung zu verschieben, da bei der Auswahl des Architekten möglicherweise über dessen Geeignetheit gesprochen wird.

Ohne Aussprache ergeht folgender Beschluss: Der TOP 7) wird nicht öffentlich beraten und als neuer TOP 25) behandelt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Die Änderungen in sind in der nachfolgenden Tagesordnung berücksichtigt.

Tagesordnung:

- 1. Protokoll der Sitzung vom 12.04.2016
- 2. Bericht der Bürgermeisterin
- 3. Berichte aus den Ausschüssen und Verbänden
- 4. Einwohnerfragestunde
- 5. Anfragen und Mitteilungen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter
- 6. Wahl eines stellvertretenen Amtsausschussmitgliedes für die CDU-Fraktion
- 7. Antrag auf Bevollmächtigung des Architekten Thomas Laasch zur Einholung aller planungstechnischen Unterlagen, Zahlen und Daten, die für die Arbeit des

- gemeindlichen Arbeitskreises Lebensmitteleinzelhandel notwendig sind (Antrag CDU-Fraktion)
- 8. Antrag auf Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Steinburg (Antrag CDU-Fraktion)
- 9. SVE-Vertragsangelegenheiten
- 10. Finanzlage der Gemeinde Steinburg; hier: Sachstand
- 11. Haushalt 2016
- 12. Über- und außerplanmäßige Ausgaben
- 13. Kreditverlängerung (Sparmaßnahmen)
- 14. Hepatitis-Impfung A+B FF Mollhagen
- 15. Ersatzbeschaffung Stromerzeuger FF Sprenge
- 16. Beschaffung von 2 Einpersonenhaspeln für die FF Mollhagen
- 17. Rückfahrbeleuchtung für das Fahrzeug der FF Mollhagen
- 18. Antrag Jugendfeuerwehr auf ein zweites Fahrzeug
- 19. Wegeinstandsetzung, Ergebnis der Wegebesichtigung; hier: Umfang der auszuschreibenden Sanierungsmaßnahmen
- 20. Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED; hier: Umfang der auszuschreibenden restlichen Umrüstungsmaßnahme.
- 21. Ergebnis der Nachbegutachtung von 26 gemeindeeigenen Bäumen; hier: Umfang der Pflege- und Sanierungsmaßnahmen
- 22. Klärschlammeindickung; <u>hier:</u> weitere Vorgehensweise, Vorstellung eines Finanzierungskonzeptes
- 23. Rattenbekämpfung; hier: Verzicht auf die Belegung privater Grundstücke
- 24. Neuausrichtung Windenergieplanung
- 25. Ordnungsprüfung 2007-2013
- 26. Sondernutzung der gemeindeeigenen Wege und Straßen durch die Energiegenossenschaft Steinburg eG
- 27. Bau- und Grundstücksangelegenheiten

Die Tagesordnungspunkte 25) bis 27) werden gemäß Beschluss nicht öffentlich beraten.

TOP 1: Protokoll der Sitzung vom 12.04.2016

Zum vorliegenden Protokoll ergeben sich keine Einwände.

TOP 2: Bericht der Bürgermeisterin/des stellv. Bürgermeisters

Bürgermeisterin Hack berichtet über folgende Punkte:

- a) In der Kirchenstraße 1 war ein Kühlschrank defekt. Durch die Bürgermeisterin wurde ein neuer beschafft.
- b) In der Twiete 16 wurde die Reparatur des Telefonanschlusses beauftragt. Das Kabel wurde durchtrennt, ein Verursacher konnte nicht ermittelt werden.
- c) Das Gemeinschaftshaus Sprenge erhält einen Breitbandanschluss. Herr Hess übernimmt die Koordination.
- d) Zwischen dem SVE und den Gebrüdern Roedel wurde ein neuer Pachtvertrag geschlossen.
- e) Zur Parksituation Sprenge in der Dorfstraße wird eine Stellungnahme des Kreises verlesen.
- f) Es hat eine Verbandsschau des Wasserbeschaffungsverbandes stattgefunden.

TOP 3: Berichte aus den Ausschüssen und Verbänden

- a) Die Vorsitzende des BPA, GV'in Lemke, berichtet über die letzte Sitzung. Die dort beratenen Tagesordnungspunkte finden sich auf der heutigen Tagesordnung wieder. Weiterhin wurde das Thema Nahwärmenetz Mollhagen beraten.
- b) Die Vorsitzende des FIA, GV'in Martens, berichtet über die letzten Sitzung. Die dort beratenden Tagesordnungspunkte finden sich auf der heutigen Tagesordnung wieder. Weiterhin wurde darüber beraten, dass jeder Ausschuss die entsprechenden Haushaltsstellen betreut und auch in finanzieller Hinsicht mehr Verantwortung übernimmt
- c) Der Vorsitzende des KSSS, GV W. Busche, berichtet über die letzte Sitzung. Beratungsschwerpunkte waren das Ferienprogramm, die Kindergartengebühr sowie die Nutzungssatzung für die Gemeinschaftshäuser.
- d) Der Vorsitzende des UWA, GV Hack, berichtet über die letzte Sitzung. Die dort beratenen Tagesordnungspunkte finden sich auf der heutigen Tagesordnung wieder. Weiterhin wird darüber berichtet, dass der Breitbandausbau abgeschlossen und die Straßen abgenommen wurden. Die festgestellten Mängel werden von der Tiefbaufirma beseitigt. Weiterhin wurden kleinere Straßenreparaturarbeiten in der Gemeinde vorgenommen, da hier Gefahr im Verzug bestand. Ebenfalls wird von einem Fischsterben im Dorfteich berichtet, die Ursache konnte nicht festgestellt werden.
- e) Die Vorsitzende des Schulverbandes, GV'in Dr. Witt, berichtet über die letzte Sitzung. Themenschwerpunkte waren die Neugestaltung des Schulhofs sowie die Schrankenanlage.
- f) Die Vorsitzende des Kindergartenszweckverbandes, Frau Bell, berichtet, das es nichts Aktuelles zu berichten gibt. Zurzeit werden die noch offenen M\u00e4ngel des Neubaus bzw. des Altbaus abgearbeitet.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

- a) Eine Einwohnerin erkundigt sich, ob der Schulhof zum Termin des Dorffestes fertig gestellt ist. GV Dr. Witt teilt hierzu mit, dass die Eltern die Fertigstellung zugesagt haben.
- b) Ein Einwohner berichtet zum Thema Windkraftanlagen und deren negative Auswirkungen. Er appelliert an die GV, sich aktiv gegen die Windkraft auszusprechen und schnell zu agieren.
- c) Eine Einwohnerin berichtet zum Thema Windkraft, dass hier ein schnelles Handeln der Gemeinde erforderlich ist. Ein mögliches Abwarten bis zum offiziellen Anhörungstermin ist nicht zielführend.
- d) Ein Einwohner merkt an, dass durch die Ausweisung von Eignungsflächen für die Windenergie, die Umsetzung des Siedlungsentwicklungskonzeptes gefährdet ist.
- e) Ein Anwohner berichtet, dass die Geschwindigkeitsmessanlage der Gemeinde seit längeren nicht mehr funktioniert. GV Brockmüller berichtet, dass er aus beruflichen Gründen noch keine Zeit gefunden hat, die Anlage zu reparieren. Der Einwohner bietet an, die Betreuung der Anlage zu übernehmen.
- f) Ein Einwohner erkundigt sich, ob es etwas Neues zum Thema Mistplatte gibt. Die Bürgermeisterin verweist darauf, dass dies im nicht-öffentlichen Teil angesprochen werden soll.
- g) Ein Einwohner berichtet, dass in der Matthias Claudius Straße die Fahrzeuge auch im Kreuzungsbereich parken und es daher zu gefährlichen Situationen kommt. GV Hack merkt an, dass nach StVO im Kreuzungsbereich nicht geparkt werden darf. Falls hier Verstöße festgestellt werden, wäre die Polizei zu rufen.
- h) Eine Einwohnerin erkundigt sich, wie die Gemeinde in Sachen Windkraft weiter vorgehen will. Die Bürgermeisterin teilt mit, dass die weitere Vorgehensweise auf der heutigen Sitzung beraten wird.

TOP 5 Anfragen und Mitteilungen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

- a) GV Brockmüller berichtet, dass die StVO geändert wurde und nunmehr die Kommunen Tempo 30 vor Schulen anordnen können. Bisher wurden die Anträge der Verkehrsaufsicht im Bereich der Schule Mollhagen abgelehnt. Die Amtsverwaltung wird um Prüfung gebeten, inwieweit durch die Rechtsänderung hier die Ausweisung einer Tempo-30-Zone möglich ist. Es herrscht Einvernehmen darüber, dass die Angelegenheit im UWA beraten werden soll.
- b) GV'in Dr. Witt erkundigt sich zum Sachstand der Flüchtlingssituation in der Gemeinde. Der Protokollführer berichtet, dass die Amtsverwaltung in der Gemeinde entsprechende Wohnungen angemietet hat. Die Betreuung der Flüchtlinge erfolgt durch Ehrenamtler bzw. durch Mitarbeiter des Amtes und der Diakonie. Bürgermeisterin Hack nutzt die Gelegenheit, sich bei allen ehrenamtlichen Helfern für deren geleistete Arbeit zu bedanken.
- c) GV Gerber erkundigt sich nach den Themen der letzten Amtsausschusssitzung. Weiterhin erkundigt er sich zum Thema Erweiterung der Amtsverwaltung. Der Protokollführer berichtet, dass die Amtsverwaltung räumlich an ihre Grenzen stößt und der Amtsausschuss über die Anmietung von weiteren Räumlichkeiten oder einen Neubau berät.
- d) GV'in Lemke erkundigt sich, welches Ergebnis das verkürzte Verfahren zur Baulandausweisung Mölenkamp ergeben hat. Die Bürgermeisterin berichtet, dass ihr hierzu keine Informationen vorliegen.
- e) GV Weber erkundigt sich nach dem Sachstand der Kostenerstattung für den Wasseranschluss durch den TSV Mollhagen. Bürgermeisterin Hack berichtet, dass hierzu noch keine weiteren Gespräche erfolgt sind.

noch zu TOP 5):

- f) GV Witt berichtet, dass der Arbeitskreis Einzelhandel getagt hat und eine weitere Sitzung demnächst folgt.
- g) GV H. Busche äußert seinen Unmut darüber, dass die Sitzung am 14. Juni ausgefallen ist, da einige Gemeindevertreter gegen die verkürzte Ladungsfrist Widerspruch erhoben haben. Die auf der Tagesordnung befindlichen Sachthemen waren den Gemeindevertretern bekannt und wurden vorher in den Ausschüssen beraten. GV'in Schwarz merkt hierzu an, dass aufgrund der umfangreichen Sitzungsunterlagen eine entsprechende Vorbereitungszeit durchaus notwendig ist. GV Weber merkt hierzu an, dass der Gesetzgeber hinsichtlich der Ladungsfrist entsprechende Regeln erlassen hat, welche zu befolgen sind. Die Gemeindeordnung ist hier eindeutig.

TOP 6: Wahl eines stellvertretenden Amtsausschussmitgliedes für die CDU-Fraktion

Bürgermeistern Hack berichtet, dass Herr Doose vor einiger Zeit seine Mandate niedergelegt hat. Bei der Nachbesetzung ist vergessen worden, ein stellvertretendes Amtsausschussmitglied zu wählen. Das Vorschlagsrecht liegt bei der CDU Fraktion.

GV'in Martens schlägt als stellvertretendes Amtsausschussmitglied GV'in Schwarz vor. Geheime Wahl wird nicht beantragt.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss: GV'in Schwarz wird für die CDU Fraktion als stellvertretendes Mitglied in den Amtsausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

TOP 7: Antrag auf Bevollmächtigung des Architekten Thomas Laasch zur Einholung aller planungstechnischen Unterlagen, Zahlen und Daten, die für die Arbeit des gemeindlichen Arbeitskreises Lebensmitteleinzelhandel notwendig sind

Hierzu liegt ein entsprechender Antrag der CDU Fraktion vor, die Angelegenheit auf der heutigen Sitzung zu beraten.

GV W. Busche erkundigt sich, wer den Arbeitskreis legitimiert hat.

GV Witt berichtet, dass der Arbeitskreis durch den im BPA ins Leben gerufen wurde. Der Arbeitskreis hat festgestellt, dass für die weitere Arbeit die Einsicht in Planungsunterlagen unumgänglich ist. Dies soll durch den Architekten Herrn Laasch erfolgen. Dieser benötigt daher von der Bürgermeisterin eine entsprechende Vollmacht. Die Arbeit des Architekten ist für die Gemeinde kostenfrei.

Bürgermeistern Hack berichtet hierzu, dass sie die Vollmacht nicht unterzeichnet hat, da sie hierzu keine Notwendigkeit sieht. Die Vollmacht müsste auch noch einmal rechtlich durch das Amt geprüft werden.

GV Gerber merkt an, dass die Prüfung schon längst hätte erfolgen können, da die Vollmacht schon seit längerem der Bürgermeisterin vorliegt. Es handelt sich hier um eine Verzögerungstaktik.

GV Brockmüller merkt Vergaberechtliche Aspekte an. Auf jeden Fall wäre die Angelegenheit durch die Amtsverwaltung rechtlich zu prüfen.

GV H. Busche merkt an, dass durch die Vollmachterteilung keine weiteren Kosten auf die Gemeinde zukommen dürfen. Ebenfalls muss ausgeschlossen werden, dass der Architekt die entsprechenden Informationen nicht anderweitig verwendet.

noch zu TOP 7):

GV Dr. Witt schlägt vor, dass GV'in Lemke als Bauausschussvorsitzenden die entsprechende Vollmacht erhält.

GV Hack teilt mit, dass nach den gesetzlichen Regelungen jeder Bürger und auch jeder Gemeindevertreter Zugang zu den öffentlichen Informationen hat. Insofern ist eine Vollmachterteilung nicht notwendig. Die Anwesenden stimmen überein, dass die Mitglieder des Arbeitskreises die entsprechenden Informationen selbst einholen.

TOP 8: Antrag auf Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Steinburg

Da der Antrag von der CDU Fraktion eingebracht wurde, berichtet die Fraktionsvorsitzende GV'in Martens. Aus Sicht der CDU Fraktion ist die Änderung der Hauptsatzung erforderlich, da die Bürgermeisterin nicht der Mehrheitsfraktion in der Gemeindevertretung angehört.

GV H. Busche merkt an, dass die Hauptsatzung ein neutrales Instrument sein soll, welches die Arbeitsfähigkeit der Gemeinde gewährleistet. Die Satzung sollte nicht nach den politischen Mehrheitsverhältnissen der Gemeindevertretung zurechtgebogen werden. Diese Vorgehensweise erinnert an osteuropäische Verhältnisse.

Es ergeht folgender Beschluss:

Die Hauptsatzung möge aufgrund der politischen Gegebenheiten überarbeitet bzw. angepasst werden, indem § 3.2 Nummer 1-11 (hier Verfügungsgrenzen und Aufgabenübertragungen) sowie § 5.1 a-d (hier genau Definition der Aufgabengebiete der Ausschüsse).

Die Gemeindevertretung beauftragt den BPA zur Überarbeitung der Hauptsatzung der Gemeinde Steinburg.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen

TOP 9: SVE-Vertragsangelegenheiten

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt eine Beschlussvorlage der Amtsverwaltung vor, welche der Urschrift des Protokolls als Anlage beigefügt ist. Der Sachverhalt ergibt sich aus der Beschlussvorlage. GV'in Lemke berichtet, dass die Angelegenheit in der letzten Sitzung des BPA beraten wurde. Dort wurde empfohlen, den Nutzungsvertrag fristgerecht spätestens zum 31.12.2020 zu kündigen, sowie bis zur nächsten GV am 15.06.2016 Gespräche mit dem SVE über eine einvernehmliche vorzeitige Lösung zu finden. Die Bürgermeisterin, ihr Stellvertreter und die Finanzausschussvorsitzende mögen einen Termin mit dem SVE vor der GV finden.

Dieses Gespräch hat jedoch nicht stattgefunden. Daher wird seitens der CDU Fraktion folgendes beantragt:

Das Amt möge den Vertrag mit dem SVE zum 31.12.2016 kündigen. Die schlechte Finanzlage der Gemeinde ist dem Verein darzustellen. Ein neuer Vertrag ist vom Amt auszuarbeiten und in Zusammenarbeit mit einem Gremium bestehend aus der Bürgermeisterin, ihrem Stellvertreter, der Vorsitzenden des BPA und der Vorsitzenden des Finanzausschusses mit dem Verein zu verhandeln.

GV Brockmüller merkt an, dass er diesen Tagesordnungspunkt gern nicht-öffentlich behandelt hätte. Er hat sich damals gegen den Abschluss des Vertrages ausgesprochen.

noch zu TOP 9):

Da der Vertrag nun aber mit dem SVE abgeschlossen wurde, spricht er sich für die Fortsetzung des Vertrages bis zum Ende der Laufzeit aus, da es hier um das Prinzip der Vertragstreue geht. Sollte die Gemeinde hier den bestehenden Vertrag, auflösen macht sich die Gemeinde auch gegenüber anderen Vertragspartnern unglaubwürdig. Gegebenenfalls würde der SVE gegen die vorzeitige Kündigung klagen. Das Verhältnis zwischen Gemeinde und SVE wäre dann angespannt.

GV Gerber merkt an, dass sich die Situation des SVE hinsichtlich der Räumlichkeiten und des Pächters seit dem damaligen Vertragsschluss geändert hat. Weiterhin ist aufgrund der Haushaltslage der Gemeinde eine vorzeitige Kündigung des Vertrages notwendig.

GV W. Busche beantragt, dass der Vorsitzende des KSSS an den Beratungen teilnimmt.

GV H. Busche teilt mit, dass die jetzt beantragte Kündigung zum Jahresende für ihn nicht nachvollziehbar ist und spricht sich dagegen aus. Aus seiner Sicht sollte man so nicht mit dem Verein umgehen. Die Gemeinde setzt hier ein falsches Signal.

GV Hack merkt an, dass der BPA keine Aufträge an die Bürgermeisterin erteilt. Dies erfolgt allein durch die Gemeindevertretung. Insofern war der Beschluss des BPA missverständlich formuliert. Als Kompromiss wird vorgeschlagen, dass im nächsten halben Jahr mit dem SVE hinsichtlich der Fortführung des Nutzungsvertrages das Gespräch geführt wird. Erst dann soll über eine Kündigung entschieden werden.

GV'in Martens beantragt, die Sitzung für 10 min zu unterbrechen.

Die Sitzung wird von 20:25 Uhr bis 20:35 Uhr unterbrochen.

GV'in Martens berichtet, dass die CDU Fraktion an ihrem ursprünglich gestellten Antrag festhält. Zusätzlich soll der Vorsitzende des KSSS dem Verhandlungsgremium angehören.

Es ergeht folgender Beschluss:

Das Amt möge den Vertrag mit dem SVE zum 31.12.2016 kündigen. Die schlechte Finanzlage der Gemeinde ist dem Verein darzustellen. Ein neuer Vertrag ist vom Amt auszuarbeiten und in Zusammenarbeit mit einem Gremium bestehend aus der Bürgermeisterin, ihrem Stellvertreter, der Vorsitzenden des BPA, der Vorsitzenden des Finanzausschusses und des Vorsitzenden des Kulturausschusses mit dem Verein zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

TOP 10: Finanzlage der Gemeinde Steinburg

Die Finanzausschussvorsitzende, GV'in Martens, berichtet über die Finanzlage der Gemeinde. Nach den vorliegenden Zahlen geht es der Gemeinde schlecht. Die Eröffnungsbilanz wird ein Eigenkapital von 640.000 € aufweisen. Im Jahr 2014 wurde im Verwaltungshaushalt ein Verlust von 100.000 € erwirtschaftet. Im Jahr 2015 wird der voraussichtliche Verlust 489.000 € betragen. Die Planung 2016 geht von einem Verlust in Höhe von 255.000 € aus. Insofern wird das Eigenkapital stark verringert. Die Gemeinde muss ihre Einnahmesituation verbessern.

TOP 11: Haushalt 2016

Der Haushaltsplan mit allen gesetzlichen Anlagen liegt den Anwesenden vor. Die Finanzausschussvorsitzende, GV'in Martens, berichtet über die Eckdaten. Der Ergebnishaushalt weist einen Fehlbetrag über 255.000 € aus. Im Finanzplan beträgt das Defizit rd. 23.000 €

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die Gemeindevertretung legt den Haushalt 2016 entsprechend der Anlage fest. Mit der Haushaltssatzung 2016 werden im Ergebnishaushalt die Erträge auf 3.437.800 EUR und die Aufwendungen auf 3.693.100 EUR festgesetzt. Im Entwurf ergibt sich somit ein Fehlbetrag von -255.300 EUR. Im Finanzhaushalt werden die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 3.382.500 EUR und die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 3.265.600 EUR festgesetzt. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit sind in Höhe von 342.500 EUR (davon 116.000 EUR Kredittilgung) eingeplant. Demgegenüber steht eine Kreditermächtigung von 200.000 EUR und Verkaufserlöse von 4100,- EUR. Die gesamten Auszahlungen würden damit die gesamten Einzahlungen um 21.500 EUR übersteigen.

Der Stellenplan weist 2,5 Stellen aus.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

TOP 12: Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt eine Übersicht der überplanmäßigen Ausgaben für das Jahr 2015 vor, welche im Rahmen der periodenübergreifenden Buchungen entstanden sind. Da diese Ausgaben im Entscheidungsrahmen der Bürgermeisterin liegen, werden diese lediglich zur Kenntnis gegeben.

TOP 13: Kreditverlängerung (Sparmaßnahmen)

Die Vorsitzende des Finanzausschusses, GV'in Martens, berichtet, dass der SWAP-Kredit bei der Sparkasse Holstein zum 01.07.2016 umgeschuldet wird. Die neue Verzinsung beträgt 0,359 % bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein.

Weiterhin wurde geprüft, inwieweit 2 Kredite bei der KfW Bank vorzeitig abgelöst werden können. Aufgrund der Höhe der Vorfälligkeitsentschädigung ist eine vorzeitige Ablösung unwirtschaftlich.

Die Anwesenden nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 14: Hepatitis-Impfung A+B FF Mollhagen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der FFw Mollhagen vor, welcher der Urschrift des Protokolls als Anlage beigefügt ist. Die Vorsitzende des BPA, GV'in Lemke, berichtet, dass der BPA empfohlen hat, nach Ermittlung aller willensbeurkundender aktiven Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Mollhagen, Sprenge und Eichede die Schutzimpfungshepatitis A + B im Haushaltsjahr 2017 anzustreben.

GV'in Dr. Witt fragt nach, ob die Impfung nicht schon im Jahr 2016 erfolgen muss. Der anwesende Ortswehrführer Herr Birr berichtet, dass erst die entsprechenden

noch zu TOP 14):

Voruntersuchungen und Willensbeurkundungen vorliegenden müssen. Insofern kann die Maßnahme erst im Jahr 2017 umgesetzt werden.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Nach Ermittlung aller willensbeurkundender aktiven Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Mollhagen, Sprenge und Eichede wird die Schutzimpfungshepatitis A + B im Haushaltsjahr 2017 angestrebt

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

TOP 15: Ersatzbeschaffung Stromerzeuger FF Sprenge

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der FFw Sprenge vor, welche der Urschrift des Protokolls als Anlage beigefügt ist. GV'in Lemke berichtet, dass der BPA empfohlen hat, nach Ermittlung der genauen Kosten einen neuen Stromerzeuger für die Freiwillige Feuerwehr Sprenge zu beschaffen. Die Kosten sind bis zur nächsten Gemeindevertreterversammlung mitzuteilen. Im Haushalt sind für die Maßnahme 6.000 € eingeplant.

Der anwesende Ortswehrführer teilt mit, dass die Kosten für einen Stromerzeuger zwischen 5.500 bis 7.000 € betragen. Die genaue Summe kann erst genannt werden, wenn das Vergabeverfahren durchgeführt worden ist. Letztendlich wurde der alte Stromerzeuger auf das neue Fahrzeug umgeladen und ist jetzt abgängig. Insofern wurden die Kosten bei der Beschaffung des neuen Fahrzeuges damals eingespart.

GV Gerber regt an, den Betrag für die Beschaffung auf 6.100 € zu deckeln. Der Protokollführer merkt an, dass eine Aufhebung der Ausschreibung dazu führen kann, dass der günstigste Bieter Schadensersatz verlangen kann. Grundsätzlich muss die öffentliche Hand ausgeschriebene Lieferungen und Leistungen abnehmen.

GV H. Busche merkt an, dass das Gerät für die Feuerwehr erforderlich ist und beschafft werden muss.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die Gemeinde beschließt, für die Freiwillige Feuerwehr Sprenge einen Stromerzeuger zu beschaffen. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, den Auftrag an den günstigsten Bieter zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

TOP 16: Beschaffung von 2 Einpersonenhaspeln für die FF Mollhagen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der FFw Mollhagen vor, welcher der Urschrift des Protokolls als Anlage beigefügt ist. GV'in Lemke berichtet, dass der BPA empfohlen hat, die beantragten Einpersonenhaspeln inklusive Zusatzmaterialien anzuschaffen, vorbehaltlich, dass die notwendigen Haushaltsmittel vorhanden sind. Weiterhin ist zu prüfen, ob der Erschließer zu einer Kostenbeteiligung herangezogen werden kann.

noch zu TOP 16):

Auf Nachfrage von GV H. Busche wird berichtet, dass im Haushalt 2016 für die Beschaffung keine Mittel eingeplant sind. Es herrscht Einvernehmen darüber, dass die Beschaffung in die Haushaltsberatung 2017 einfließt.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die Beschaffung von 2 Einpersonenhaspeln, inklusive Zubehör, soll in die Haushaltsberatung 2017 einfließen. Die Amtsverwaltung wird um Prüfung gebeten, inwieweit der Erschließer zu einer Kostenbeteiligung herangezogen werden kann.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

TOP 17: Rückfahrbeleuchtung für das Fahrzeug der FF Mollhagen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der FFw Mollhagen vor, welcher der Urschrift des Protokolls als Anlage beigefügt ist. GV'in Lemke berichtet, dass der BPA empfohlen hat, den Antrag zur Anschaffung der Fahrzeugbeleuchtung in das Haushaltsjahr 2017 zu verschieben. Auf Nachfrage, weshalb die Maßnahme nicht in diesem Jahr umgesetzt werden soll, wird berichtet, dass es möglicherweise eine kostengünstigere Lösung gibt.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die Erweiterung der Rückfahrbeleuchtung für das Fahrzeug der FF Mollhagen soll in die Haushaltsberatung 2017 einfließen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

TOP 18: Antrag Jugendfeuerwehr auf ein 2. Fahrzeug

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der Jugendfeuerwehr auf ein zweites Fahrzeug vor, welcher der Urschrift des Protokolls als Anlage beigefügt ist. GV'in Lemke berichtet, dass der BPA empfohlen hat, dem Antrag nicht abzugeben. Weiterhin wird berichtet, dass das nicht mehr benötigte Fahrzeug über die Internetplattform "Zoll-Auktion" veräußert werden soll.

Es ergeht folgender Beschluss:

Der Antrag der Jugendfeuerwehr wird aufgrund der Haushaltssituation nicht angenommen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

TOP 19: Wegeinstandsetzung, Ergebnis der Wegebesichtigung; hier: Umfang der auszuschreibenden Sanierungsmaßnahmen

Zu diesem Tagesordnungspunkt berichtet der Vorsitzende des UWA, GV Hack, dass eine Wegebereisung stattgefunden hat. Seitens der Amtsverwaltung wurde eine Kostenschätzung für die Maßnahmen erarbeitet. Der UWA hat den Umfang entsprechend festgelegt. Die Kosten belaufen sich auf ca. 38.000 €. Die Maßnahme wird über die

noch zu TOP 19):

Haushaltsstelle Straßenunterhaltung sowie Kanalunterhaltung gedeckt. Im weiteren wird auf die Beratungen des UWA vom 26.04.2015 verwiesen.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Unterhaltungsmaßnahmen so wie aufgeführt, ohne die Pflasterung des Containerstandplatzes, von der Amtsverwaltung beschränkt ausschreiben zu lassen. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, den Auftrag an den günstigsten Bieter im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

TOP 20: Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED; hier: Umfang der auszuschreibenden restlichen Umrüstungsmaßnahme

Der Vorsitzende des UWA, GV Hack, berichtet von der letzten Sitzung des UWA, wo diese Thematik behandelt wurde. Im Jahr 2016 sollen im Haushalt entsprechende Mittel für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung Ortsteil Eichede zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten belaufen sich auf ca. 35.000 € Für die Umrüstung gibt es einen Zuschuss in Höhe von ca. 8.000 € Die weitere Sanierung der Kabel wird auf das Jahr 2017 verschoben.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Straßenbeleuchtung Ortsteil Eichede auf LED Beleuchtung umzurüsten. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, den Auftrag an den günstigsten Bieter zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen, 1 Nein Stimme, 1 Enthaltung

TOP 21: Ergebnis der nach Begutachtung von 21 gemeindeeigenen Bäumen; hier: Umfang der Pflege- und Sanierungsmaßnahmen

Der Vorsitzende des UWA, GV Hack, berichtet hierzu über die Beratungen im letzten UWA. Bei der letzten Überprüfung wurden 26 Bäume beanstandet Aufgrund von Gefahr im Verzug musste bereits ein Baum gefällt werden. Für die verbliebenen Bäume sind baumpflegerische Arbeiten erforderlich. Hierfür sind im Haushalt 10.000 €vorgesehen.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die baumpflegerischen Maßnahmen sind auszuschreiben. Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Auftrag an den günstigsten Bieter zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

TOP 22: Klärschlammeindickung;

hier: weitere Vorgehensweise, Vorstellung eines Finanzierungskonzeptes

GV Hack berichtet, dass diese Thematik beim letzten BPA behandelt wurde. Nach den Ergebnissen der bisherigen Planungen wird der Bau des Klärschlammeindickers empfohlen.

Bei der letzten Sitzung des BPA wurde die Finanzierung der Maßnahme besprochen. Hierzu lag ein Vermerk des Kämmerers vor. Da eine entsprechende Abschreibungsrücklage nicht mehr vorhanden ist, wäre die Maßnahme über eine Kreditaufnahme zu finanzieren. Die entsprechende Kreditaufnahme ist im Haushalt vorgesehen. Weiterhin können sich die Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung verringern, da sich die Abfuhrkosten durch die Klärschlammeindickung verringern.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Bau eines Klärschlammeindickers. Sobald der Haushalt von der Kommunalaufsicht mit der entsprechenden Kreditaufnahme genehmigt ist, soll die Maßnahmen umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 1 Nein Stimme

TOP 23: Rattenbekämpfung; hier: Verzicht auf die Belegung privater Grundstücke

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt eine Beschlussvorlage der Amtsverwaltung vor, welche der Urschrift des Protokolls als Anlage beigefügt ist. Der Sachverhalt ergibt sich aus der Beschlussvorlage. Herr Hack berichtet, dass der Umweltausschuss empfohlen hat, gegen Ende der Vertragslaufzeit noch einmal über die Beibehaltung der Rattenbekämpfung zu beraten.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, über eine Beendigung der Rattenbekämpfung im Jahr 2020 erneut zu beraten.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

TOP 24: Neuausrichtung Windenergieplanung

GV'in Martens und GV Bern erklären sich nach § 22 GO für befangen und verlassen den Sitzungsraum.

Die Bürgermeisterin übergibt das Wort an den Vorsitzenden des UWA, GV Hack. GV Hack berichtet, dass in Bad Oldesloe eine Informationsveranstaltung des Landes über die Regionalplanung Windenergie stattgefunden hat. Es wurden Karten mit Abwägungsbereichen veröffentlicht, wo auch Flächen in der Gemeinde Steinburg als Suchgebiete gekennzeichnet sind. Als nächster Schritt soll im September 2016 das Beteiligungsverfahren erfolgen. Hier kann die Gemeinde eine Stellungnahme zum Regionalplan abgeben.

Auf der heutigen Sitzung sollte festgelegt werden, ob die Gemeindevertretung sich entsprechend positioniert. Falls eine Stellungnahme abgegeben werden soll, wäre darüber zu beraten, wer die Gemeinde hier unterstützt. Die Fraktionen werden um ein Meinungsbild gebeten.

noch zu TOP 24):

GV Gerber teilt für die CDU Fraktion mit, dass diese nicht "per se" die Windenergie abgelehnt. Jedoch soll das Ausweisen von Gebieten für die Windkraftnutzung mit Augenmaß erfolgen und keine Umzingelungswirkung der Gemeinde haben. Die Gemeinde sollte eine entsprechende Stellungnahme im Umweltausschuss erarbeiten.

GV Hack teilt für die ABiS Fraktion mit, dass diese sich gegen die Ausweisung der Eignungsgebiete im vorgeschlagenen Rahmen ausspricht. Lediglich in den jetzt bestehenden Gebieten könnten noch maximal 2 Anlagen errichtet werden.

GV H. Busche berichtet, dass die SPD-Fraktion die Planung wie vorgelegt ablehnt.

Im weiteren Beratungsverlauf sind sich die Anwesenden darüber einig, dass im Umweltausschuss mit Unterstützung des Planlabors Stolzenberg eine entsprechende Stellungnahme erarbeitet werden soll. Aufgrund des engen Zeitfensters soll der Umweltausschuss ermächtigt werden, möglichst noch vor den Sommerferien eine Stellungnahme an das Land abzugeben.

Es ergeht folgender Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Umweltausschuss zu ermächtigen, mit dem Planlabor Stolzenberg eine Stellungnahme mit Abwägungen für die Gemeinde zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

GV'in Martens und GV Bern nehmen wieder an der Sitzung teil und werden über das Beratungsergebnis informiert.

Die Tagesordnungspunkte 25) - 26) werden gemäß Beschluss nicht-öffentlich beraten. Die Öffentlichkeit verlässt nunmehr den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird von 21:45 bis 21:55 Uhr unterbrochen.

Die Tagesordnungspunkte 25) - 26) werden gemäß Beschluss nicht-öffentlich beraten.	
TOP 25:	Ordnungsprüfung 2007-2013
TOP 26:	Sondernutzung der Gemeindeeigenen Wege und Straßen durch die Energiegenossenschaft Steinburg EG
TOP 27:	Bau- und Grundstücksangelegenheiten
Die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Die Bürgermeisterin gibt die nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse bekannt.	
Die Sitzung wird gegen 22:45 Uhr geschlossen.	
Bürgerme	eisterin Protokollführer